

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 37

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pekings UNO-Sitz als Hebel für Moskau

Chruschtschew scheint mit seiner sonderbaren Taktik Peking die Vorteile des Bravseins vor Augen zu führen

Ostexperten beginnen sich zu fragen, ob Chruschtschew in der Uno die Aufnahme Volkschinas bezweckt oder eher das Gegenteil: eine weitere Schlappe für Peking.

Zuerst glaubten Beobachter des Ostens, Chruschtschew werde, getreu normaler kommunistischer Taktik, übertriebene Forderungen stellen, die er als Scheinkonzession nachher opfern würde. Als Gegenleistung hätte er dann versucht, mit Vernunftargumenten zumindest die Aufnahme Pekings zu erwirken, was in Wirklichkeit von Anfang an sein eigentliches Ziel gewesen wäre.

Bei der jetzigen Zusammensetzung der Generalversammlung war dieser Weg nicht aussichtslos.

Die Gründe zum jetzigen Meinungsumschwung der Experten sind die folgenden:

Chruschtschew hat offen Kontakt mit Tito gesucht. Die ganze

Ostpresse zitierte Titos Rede ausführlich und ohne Gehässigkeit. Peking aber griff Titos Rede heftig an und rollte die ganze Streitfrage des Revisionismus wieder auf. Der ideologische Kampf scheint damit erbittert weiterzugehen.

Chruschtschew selbst forderte, nach der gründlichen, ablehnenden Stellungnahme des amerikanischen Delegierten Wadsworth, die Aufnahme Pekings in einer vorbereiteten Rede, die überhaupt keine wirksame Entgegnung war: Sie bestand aus alten Klischees, wurde gleichgültig vorgetragen.

Nach der Lektüre aber griff Chruschtschew Wadsworth an, schreiend und unflätig, beleidigte Regierungen und Personen, bis der Vorsitzende ihm einen Verweis erteilen musste, und befremdete zahlreiche Delegierte aus Entwicklungsländern, deren Stimme er für eine Aufnahme dringend brauchte.

Das Argument: Ein Politiker vom Format Chruschtschews weiss, was er tut. Ein dermassen negativer Eindruck ist kein Betriebsunfall, sondern Absicht. Mögliche Interpretation: Beim ständigen Anwachsen der Macht Volkschinas muss Moskau die Hebel in der Hand behalten, die ihm noch einigermaßen eine Kontrolle über den unruhigen Verbündeten sichern. Einer davon ist, dass die Hilfe der UdSSR nötig ist, um Peking in die Uno aufnehmen zu lassen.

DIE IKONEN WEG, BEFAHL DER SEKRETÄR DER PARTEI

Und wurde durch die Partei als unpsychologisch kritisiert

Die sowjetischen Behörden rechnen mit einer verbreiteten Religiosität in der eigenen Arbeiterschaft, wie aus einer beiläufigen Bemerkung des Blattes «Parteleben» («Partinaja Schisn») hervorgeht.

Als Beispiel falschen Verhaltens führt die Zeitung in einer Untersuchung über die Autorität der Parteifunktionäre das Vorgehen eines Bergwerk-Partei-Sekretärs an, der vom Vorhandensein mehrerer Ikonen in den Räumen der Arbeiter gehört hatte.

Er befahl kurzerhand, die Bilder entfernen zu lassen, und wird dafür wie folgt kritisiert: «Jedermann weiss doch um die Unmöglichkeit, durch ein solches Vorgehen die Gesinnung der Gläubigen zu beeinflussen.

Nötig gewesen wäre zuallererst eine Intensivierung der antireligiösen Propaganda.»

BESTECK IST EIN LUXUS UND DAS GIBT ES NUR GEGEN KAUTION

In einem neueröffneten «Luxus»-Restaurant in Budapest, das besonders auch für Ausländer gedacht ist, wird laut einem Leserbrief an die Zeitung «Esti Hirnap» das Besteck nur gegen Kautions gegeben.

Antwort auf die befremdete Frage nach dem Grund: «Es könnte verschwinden.»

UdSSR wird Erdölgrossmacht

In Sibirien liegt so viel Erdöl wie im ganzen Mittelosten Die Frage ist, wann die Sowjetunion diese Waffe einsetzt

Die Sowjetunion wird ab 1962 in der Lage sein, mit guter Erfolgsaussicht einen Erdölkrieg in weltweitem Rahmen gegen den Westen zu führen — wenn sie es will.

Das ist die heute einzig mögliche Schlussfolgerung aus den offiziell bestätigten Berichten über riesige Erdölfunde in Sowjetasien, vor allem in Usbeki-

stan und im nordwestlichen Kasachstan.

Die Vorkommen sollen in der Grössenordnung der gesamten Reserven des Mittleren Ostens sein. Damit wird die UdSSR, sobald sie die Vorkommen ausbeutet, zu den absoluten Oelgrossmächten der Welt gehören.

Vor einem halben Jahr machte der sowjetische Minister für Geologie und Schutz der Bodenschätze erste Angaben. Die Fachpresse in der ganzen Welt begann, sich mit den neuen Vorkommen zu befassen.

Letzte Woche sanktionierte die offizielle Nachrichtenagentur Tass die bisherigen Meldungen und gab nähere Einzelheiten über die gemessenen Mengen: Allein in einem Gebiet bei Buchara sollen 400 Milliarden Kubikmeter Erdöl festgestellt worden sein. Weitere Funde würden laufend in Sibirien gemacht.

Vor einer Ausbeutung müssen jedoch Zufahrtswege und Installationen errichtet und die Transporte organisiert sein. Letzteres Problem dürfte mit einem Anschluss an die transsowjetische Pipeline (KB, 6. April) gelöst werden.

Nach Ansicht eines schweizerischen Erdölfachmannes wird ein solcher Ausbau «bei rücksichtsloser Forcierung» ein bis zwei Jahre dauern, so dass die Vorkommen frühestens ab 1962 ausgebeutet werden können.

Der Entscheid, ob und wann ausgebeutet wird, kann nach demselben Fachmann «nur ein politischer» sein.

Die Produktion der UdSSR, lange bei zirka 5 bis 10 Millionen Tonnen, begann 1953 zu steigen und erreichte 25 000 000 Tonnen im Jahre 1959. Eine Steigerung auf rund 100 Millionen Tonnen bis 1965 war schon vorgesehen, bevor der riesige Umfang der neuen Vorkommen feststand. Mit diesen Mengen konnte die Sowjetunion bereits weitgehend die eigenen Bedürfnisse befriedigen und eine steigende Exportpolitik auf dem Weltmarkt befolgen.

Der ganze Mittelosten produzierte 1958 rund 150 000 000 Tonnen.

Zusammen mit den neuen Vorkommen kann somit die Sowjetunion ab 1962 den Weltmarkt nachhaltig stören — falls sie gleichzeitig ihre Ueberlandtransporte (Pipeline nach Europa, KB, 16. März) und ihre Tankerflotte ausbaut.

PRAG: DIE EIDGENOSSEN WOLLEN JETZT ZUR NATO

Quelle: Die repräsentative «Voix Ouvrière», Schweiz

Die jetzt zur Debatte stehende schweizerische Armee reform dient laut «Rude Pravo», Prag, eigentlich der Aufhebung der Neutralität und dem offenen oder versteckten Anschluss an die Nato.

Als Informationsquelle führt das tschechische Blatt die kommunistische Schweizer Zeitung «Voix Ouvrière» an, die zusammen mit dem «Vorwärts» in den Satellitenländern die Basis zur Information über schweizerische Angelegenheiten bildet.

Kommunistische Pressestimmen des Westens werden im Osten — wie im vorliegenden Fall ohne Anführung der Parteizugehörigkeit — als Ausdruck der öffentlichen Meinung des betreffenden Landes den Lesern vorgesetzt.

Angestrebt wird nicht nur die zweckgerichtete, verfälschte Information, sondern ebensosehr der Eindruck vom Volkswillen, der in Opposition zur «kapitalistischen» Behörde steht.

Moskaus Uni für Asien und Afrika eröffnet

Keine Angaben über tatsächlich geplante Arbeit, wohl aber Propaganda gegen Imperialismus und Kolonialismus

Am 1. Oktober wurde in Moskau offiziell die Universität der Völkerfreundschaft eröffnet.

Der Bericht in «Prawda» vom 2. Oktober erwähnt weder die Zahl der schliesslich aufgenommenen Studenten (es war vorgesehen, 500 im ersten Jahr aufzunehmen), noch die Zahl der arbeitsbereiten Fakultäten.

Hingegen wurde vor versammelten Professoren, Studenten und Behörden ein Telegramm verlesen, das Rektor Sergei Wassiljewitsch Rumjantsjew bei diesem Anlass an Chruschtschew nach New York richtete. (Die Universität geht auf seine Initiative zurück.) Der Text lautete:

«Wir wünschen Ihnen auf der 15. Sitzung der Generalversammlung der Uno grossen Er-

folg in Ihrem Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus und in Ihrem Kampf für volle Abrüstung, Frieden und für das Glück der gesamten Menschheit.»

Langanhaltender Applaus begrüsst, laut «Prawda», die Lektüre des Telegramms.

(Im März war angegeben worden, die Universität werde 1960 folgende Fakultäten eröffnen: Ingenieurfakultät — Maschinen, Bauwesen, Geologie; Landwirtschaft — Landbau und Viehzucht; Medizin und Pharmazutik; Naturwissenschaften — Physik, Chemie, Biologie, Mathematik; Historisch-philologische Fakultät; Rechts- und Wirtschaftsfakultät. Eine Bestätigung dieses Programms liegt noch nicht vor.)

Unser Memo

Die Regierung Nationalchinas auf Formosa hat mit der Verhaftung des Verlegers und Oppositionsführers Lei Tschen (KB, 28. September, Memo) in ein Wespennest gegriffen.

Es war zwar nicht das erste Mal, dass die Polizei des in Moskau (während des kurzen Zusammengehens der Sowjets mit dem Kuomintang) ausgebildeten Generals Tschiang Tsching-kuo Oppositionspolitiker einfach verschwinden liess. Diese Methoden des mächtigen Sohnes des Staatsherrschers gehören zum Alltag auf Formosa. Bisher waren solche Unterdrückungen von Oppositionspolitikern reibungslos verlaufen. Doch die Leute waren nicht so bedeutend, und die Zeiten waren anders. Heute sieht sich der Westen durch den verstärkten Druck der neuen Länder gezwungen, seine Verpflichtungen und seine eigenen Freunde näher unter die Lupe zu nehmen. In New York sprachen ehemalige Freunde Tschiang Kai-scheks, die sich vor Jahren auf Formosa mit ihm überwarfen und auswanderten, in der Uno vor. In Japan agitiert ein Komitee für ein freies Formosa (antikommunistisch, aber auch antichinesisch) mit der zumindest stillschweigenden Genehmigung der japanischen Regierung und verschickt einen Pressedienst in alle Welt. (Japan besass vor 1945 Formosa, hat es nicht ganz vergessen.) In Hongkong regten sich freie chinesische Kreise mit Protesten. Damit fühlten sich die Vereinigten Staaten und England verpflichtet, vorläufig inoffiziell, aber deutlich, eine kritische Stimme zu erheben. Weitere Manöverfehler Tschiangs gefährden die schon erschütterte Loyalität der nichtkommunistischen Chinesen in ganz Asien und damit das Gleichgewicht in zahlreichen schon unsicheren Entwicklungsländern. Aber den schwersten Schlag führten die Parteifreunde Lei Tschens auf Formosa selbst: Unbeeindruckt von seiner Verhaftung beschlossen sie, die Partei weiter zu organisieren. Es war das erste Mal, dass ein Wink der Polizei der Mar-schalls mit solcher Unverfrorenheit missachtet wurde. Die Anzeichen sprechen dafür, dass es nicht das letzte Mal sein wird.

Curriculum der Woche

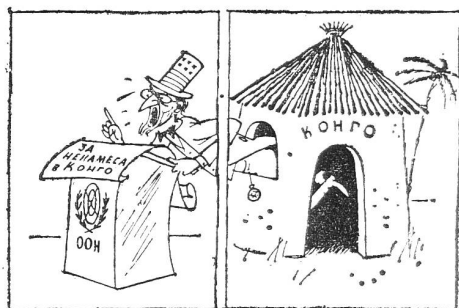
WASSILI WASSILJEWITSCH KUSNETZOW

Erster stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Delegierter in der Abrüstungskommission der Uno. Geb. 1901 in Sofiowka, Gouvernement Nischni-Nowgorod (heute: Gorki), technische Hochschule, Ingenieur. 1931—1933 Auslandsaufenthalte zum Studium der Stahlbearbeitung, dann Karriere bis 1940, Chefingenieur in der Hauptverwaltung der Spezialstahlwerke in Moskau. 1940 stellvertretender Vorsitzender des Gosplan (Staatl. Planungskomitee), 1941 gleichzeitig stellv. Mitglied im Hüttenwesen-Komitee für Landesverteidigung. Ab 1944 vermehrt politisch tätig: Zuerst ZK-Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenhüttenarbeiter in Südrussland (nach Rückzug der deutschen Truppen), wo intensive Säuberungen stattfinden, 1945 an internationalem Kongress in London, wo Weltgewerkschaftsbund konstituiert wird. Wird Vizepräsident, dann Vorsitzender des Weltgewerkschaftsbundes, der als eine von der Uno anerkannte Organisation arbeitet. Seine Haltung (politische Ziele, Entmilitarisierung Deutschlands, Japans, sofortige Freiheit für Kolonien, Opposition zum Marshallplan, Unterstützung aller Vorstösse Moskaus) führt zur Spaltung: Westliche Gewerkschaften treten aus, Weltgewerkschaftsbund wird rein kommunistische Organisation. Karriere im Innern: 1950 Mitglied Präsidium des Obersten Sowjets, 1952—1953 auch Mitglied Präsidium des ZK der KP der Sowjetunion. 1953 (Tod Stalins) stellv. Minister für auswärtige Angelegenheiten, dann Botschafter in China. 1956 wieder Mitglied ZK der Partei, 1958 Deputierter des Obersten Sowjets. Verschiedentlich Leiter sowjetischer Delegation an Vollversammlungen der Uno, begleitet 1960 Chruschtschew zur kurzen Gipfelkonferenz nach Paris. Aktiver, strikter Verteidiger der Parteilinie.

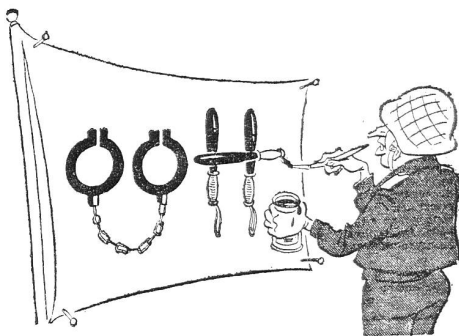
UNO: Der Spott wird milde

Seit dem Beginn der Uno-Generalversammlung sind die angrifflichen Karikaturen gegen die Vereinigten Nationen selten und kleiner geworden. Grund: Den Lesern soll der grundsätzliche gute Wille demonstriert werden, mit dem der Oststaat offiziell der Uno gegenübersteht. Damit wird von vornherein eine Schuld für ein Versagen auf die andere Seite geschoben. Diese Argumentation wäre bei einer anderen Presse nicht statthaft. Die Ostpresse jedoch dient in allererster Linie der Meinungsbildung im Innern und der Orientierung des Bürgers über die Absichten des Staates. Die Beurteilung dieser Presse durch Aussenstehende ist den Verantwortlichen zwar nicht völlig gleichgültig, aber doch von letztrangiger Bedeutung.

Hier sind zwei der gegenüber früheren Wochen recht milde gewordenen Satiren, die Ende September noch in der Ostpresse



erschienen. In der «Otetschestven Front», dem Organ des Präsidiums der Nationalversammlung und der Volksfront, erschien am 27. September die Doppelkarikatur der amerikanischen Version einer «Nichteinmischung im Kongo» auf der letzten Seite.



In der «Prawda Ukrainy», dem Parteiorgan der Ukrainischen Sowjetrepublik, war die Zeichnung «Flagge der Uno im Kongo» auf der dritten Seite.

kurz

14 Länder nahmen an der 19. Plovdiver Messe (Bulgarien) teil, dazu 550 Firmen aus kapitalistischen Ländern. Es war die Rekordbeteiligung bisher («Prawda», Moskau, 19. September).

In Accra (Ghana) wurde ein ständiger Demonstrationssaal der sowjetischen Industrieproduktion eröffnet («Prawda», 18. September).

Die Schweiz war der zweitgrösste Aussteller an der Messe in Brünn (Tschechoslowakei) mit 72 Firmen. Westdeutschland war mit 90 Firmen am stärksten vertreten, England mit 50 an dritter Stelle.

Trotz enormen Schwierigkeiten im Ausbau der Landwirtschaft liefert jetzt Kasachstan 27,2 Prozent des Getreides der UdSSR. 1949 waren es nur 5,6 Prozent («Kasachstanskaja Prawda», 24. August).

Auf Einladung der Interparlamentarischen Union besucht eine Gruppe englischer Unterhausabgeordneter von 18 Personen die Tschechoslowakei («Rude Pravo», 24. September).

Es muss noch viel für die kommunistische Erziehung der Schuljugend gearbeitet werden. Schüler sind von westlicher Mode begeistert, ziehen Schuluniformen ungern an, ziehen dekadente westliche Musik und Tänze vor («Vetscherni Novini», Sofia, 12. September).

BRIEFE

Entnazifizierung in Ungarn

Sie schreiben im «KB» Nr. 34, dass die Amnestie nicht für Freiheitskämpfer gilt. Dann müsste es aber heissen: «Der Vollzug der Strafen jener Verurteilten, die noch vor dem 1.5.1957 wegen staatsfeindlicher Delikte verurteilt wurden... wird suspendiert (§ 6).»

MARTIN ISELI, BIEL

Es heisst auch wirklich so, was auch aus dem letzten Abschnitt der Untersuchung klar und deutlich hervorgeht. Es scheint, dass Sie bei der Lektüre etwas übersehen haben. Die Redaktion.